

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefax 258 16 77
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39
Abonnementspreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

Schweiz Fr. 1.50
Lit. 2200.- sKr. 12.-
dKr. 12.- IFr. 45.- Pa. 200.-
DM 2.50 Mf. 3.25 Kan. Inseln
Fr. 10.- nKr. 13.- Pa. 225.-
Dr. 260.- öS 20.- Lf. 6000.-
£ 0.90 Esc. 240.- Fl. 90.-



Soldaten der Bundesarmee ziehen sich mit ihren Panzern aus Ljubljana zurück. (Bild Reuter)

Ultimatum des Staatspräsidiums an Slowenien Rückzug der Einheiten der Bundesarmee in die Kasernen

Das Staatspräsidium hat an seiner Sitzung am Donnerstag – in Abwesenheit des slowenischen Vertreters – beschlossen, dass an den Grenzen Sloweniens die alte Ordnung bis spätestens am nächsten Sonntag wiederhergestellt werden muss. Nach der in der Nacht auf den Donnerstag zwischen Vertretern der slowenischen Führung sowie der Bundesregierung und der Armee erzielten Vereinbarung über einen Waffenstillstand haben die Belgrader Streitkräfte begonnen, sich in die Kasernen zurückzuziehen. Slowenien hat die Forderung des Präsidiums umgehend zurückgewiesen.

C. Sr. Zagreb, 4. Juli

Das jugoslawische Staatspräsidium hat am Donnerstag die Lage in Slowenien erörtert. An der Sitzung nahmen auch – neben dem jugoslawischen Parlamentspräsidenten – Regierungschef Markovic, Verteidigungsminister Kadjevic sowie Aussenminister Loncar teil. Der Vertreter Sloweniens im höchsten Staatsorgan, Drnovsek, war nicht nach Belgrad gekommen. Er erklärte, er werde an den Sitzungen vorläufig nicht mehr teilnehmen, denn dieses Gremium sei nicht der geeignete Ort zur Lösung der Probleme. Das Präsidium beschloss laut Angaben von Radio Zagreb, dass an der jugoslawischen Staatsgrenze auf dem Territorium Sloweniens spätestens bis zum nächsten Sonntag die alte Ordnung, das heisst die Unterstellung der Zollverwaltung unter die Autorität der Bundesregierung, wiederhergestellt werden müsse. Verlangt werden zudem eine strikte Einhaltung der vereinbarten Waffenruhe sowie die Deblockierung der Einheiten der Bundesarmee sowie deren Einrichtungen bis spätestens am nächsten Dienstag. Angedordnet wurde zudem der unverzügliche Rückzug der Einheiten der slowenischen Territorialverteidigung, der bis am Donnerstag um Mitternacht abgeschlossen sein muss. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen auch alle Gefangenen freigelassen werden.

Tagesinformation

Einigung zwischen Beirut und der PLO

Absandte der libanesischen Regierung haben mit der PLO eine Beendigung der Kämpfe bei Sidon ausgehandelt; die Regierungstruppen sollen sich nun ungehindert in der Gegend postieren können. Seite 3

«Überflüssigen» Freizügigkeitsinitiative

Dem Bundesrat scheint die Initiative «Für eine volle Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge» überflüssig; er stellt ihr keinen Gegenvorschlag gegenüber, stellte dagegen eine Revisionsvorlage in Aussicht. Seite 17

In der Schweiz muss Boden gesparrt werden

Dass in der Schweiz Boden gesparrt werden muss, ist heute bereits eine weitverbreitete Einsicht. Mehrere Nationalfonds-Studien untersuchen, wie das geschehen kann. Sie machen unter anderem ein grosses Sparpotential im Siedlungsinnern aus. Seite 19

Kooperation von IBM und Siemens

Der amerikanische Elektronikkonzern IBM und die deutsche Siemens AG haben ein Kooperationsabkommen zur gemeinsamen Produktion von 16-Megabit-Dram bekanntgegeben. Die Produktion soll im französischen Corbeil-Essonnes am IBM-eigenen Werk angesiedelt werden. Seite 33

Kein Ausschaffungstopp für Kurden

Wie der Zürcher Regierungsrat erklärt, gibt es für die Kantone keinen Entscheidungsspielraum beim Vollzug der vom Bund verfügten Geweissung von Asylbewerbern. Entsprechend kommt ein Ausschaffungstopp für Kurden nicht in Frage. Seite 53

Wimbledon im Zeichen der Favoritinnen

Steffi Graf und Gabriela Sabatini werden am Samstag das Endspiel in Wimbledon bestreiten, nachdem sie ihren Favoritenrollen gerecht geworden waren. In den Herren-Halbfinals siegen sich Edberg und Stich sowie Wheaton und Becker gegenüber. Seite 55

Inhaltsübersicht	Umfang	90 Seiten
Ausland	1-5	Sport 55-57
Wetter und Vermischtes	7, 9	Beilagen:
Inland	17-21	Film 59/60
Fauleton	23	Radio,
Roman	24	Fernsehen 61/62
Radio und TV	31/32	Briefe an die NZZ 65
Wirtschaft	33-40	Schach, Philletie 67
Börsen	43-47	Wochen-
Stadt und Kanton Zürich	49-53	kalender 77/78 Gottesdienste 79

Anzeigen-Überblick Seite 2

Einigung im Konflikt um Hongkongs Flughafen Britische Konzessionen gegenüber Peking

Hongkong, 4. Juli. (ap) Die Regierungen in London und Peking haben ihren Streit um den Bau eines Grossflughafens in Hongkong beigelegt. Nach der am Donnerstag in London und Hongkong veröffentlichten Vereinbarung kann in der britischen Kronkolonie, die 1997 an China übergeht, mit dem Bau des Flughafens begonnen werden. Peking hatte bisher mit der Begründung, das Unternehmen bedeute eine zu starke Belastung des Haushaltes von Hongkong, den Bau zu verhindern versucht. Die chinesische Regierung soll nun für Investitionen zum Flughafenbau bürgen, die noch in der Zeit der britischen Herrschaft getätigt werden.

cer. London, 4. Juli

Die britische und die chinesische Regierung haben sich nach monatelangem Tauziehen über den Bau eines neuen Flughafens in der Kronkolonie Hongkong geeinigt. Sprecher in Downing Street haben angekündigt, dass Premierminister Major noch dieses Jahr zur Unterzeichnung des Abkommens nach Peking reisen wird. Zwischen der Regierung in Peking und Grossbritannien war es zum Streit über die von den Chinesen als exzessiv empfundenen Kosten des Milliardenprojekts gekommen; die chinesische Regierung erklärte sich besorgt über die finanzielle Situation Hongkongs nach der Übergabe an China 1997, und sie bestand ausserdem auf einem weitgehenden Mitspracherecht bei diesem umfangreichen Bauvorhaben.

Finanzgarantie

Die britisch-chinesischen Meinungsverschiedenheiten über das Flughafenprojekt drohten zu einem umfassenden diplomatischen Konflikt zu eskalieren; sie sind Symptom für die nur oberflächlich gelöste Hongkong-Problematik. Die Einigung über den Hongkonger Flughafen, niedergelegt in einem «Memorandum of Understanding», war Ende Juni in einer letzten Verhandlungsrunde zwischen der chinesischen Regierung und dem persönlichen ausserpolitischen Berater des Premierministers, Sir Percy Cradock, erreicht worden. Der Kompromiss kam allerdings erst nach substantiellen Konzessionen der Briten zustande, welche von manchen Kommentatoren in London und Hongkong als zu weitgehend beurteilt werden. Major bezeichnete jedoch in einer ersten Stellungnahme das Abkommen als gute Grundlage für das Vertrauen in die Zukunft der Kronkolonie.

Rehabilitierung

zwei Jahre nach Tiananmen

Grossbritannien garantiert der chinesischen Regierung bei der Übergabe Hongkongs im Juli 1997 Mindestreserven in Höhe von zwei Milliarden Pfund (fünf Milliarden Franken) in den Kasernen der Kronkolonie. Der chinesisch-britische Kompromiss enthält weiter ein weitgehendes Mitspracherecht Pekings bei dem Projekt. Diese Verpflichtung zu «Konsultationen» mit der chinesischen Regierung durchbricht nach Meinung der Kritiker die britische Souveränität über Hongkong bis zur Übergabe an China und öffnet Tür und Tor für Einmischungen Pekings in die inneren Angelegenheiten der Kronkolonie vor 1997. Indem sich die Briten über die Köpfe der Hongkonger Regierung hinweg mit Peking geeinigt hätten, seien sie auf die chinesische Praxis eingeschwenkt, welche der Administration der Kronkolonie jede Eigenständigkeit abspricht und diese lediglich als Exekutivorgan der britischen Regierung behandelt. An solcher Kritik vermochte auch die positive Kommentierung des Gouverneurs von Hongkong, Sir David Wilson, nur wenig zu ändern.

Die demokratischen Kräfte in Hongkong sehen angesichts dieses Vorgehens weiteren Anlass zu Befürchtungen hinsichtlich der Einhaltung der in der britisch-chinesischen «Joint Declaration» von 1984 eingegangenen Autonomieverpflichtungen Pekings für Hongkong nach dem Souveränitäts-transfer. Zudem werden die Reisepläne Majors scharf kritisiert: Zwei Jahre nach dem Tiananmen-Massaker komme dieser Besuch des britischen Regierungschefs in Peking zur Unterzeichnung des Flughafenabkommens einer Rehabilitierung der chinesischen Führung gleich. Aussenminister Hurd sagte in einer Stellungnahme vor dem Unterhaus am Donnerstagabend, die Einigung habe «Monate der Ungewissheit» beendet und ein «schwieriges Problem» in den chinesisch-britischen Beziehungen gelöst. Er gab bekannt, dass die chinesische Regierung jetzt auch seinen Vorschlag zu einem Treffen auf Ministerebene zweimal pro Jahr akzeptiert habe. Diese Begegnungen sollen künftig einen Rahmen bilden, innerhalb dessen über Hongkong sowie andere bilaterale Fragen gesprochen und Konflikte entschärft werden können.

Die demokratischen Kräfte in Hongkong sehen angesichts dieses Vorgehens weiteren Anlass zu Befürchtungen hinsichtlich der Einhaltung der in der britisch-chinesischen «Joint Declaration» von 1984 eingegangenen Autonomieverpflichtungen Pekings für Hongkong nach dem Souveränitäts-transfer. Zudem werden die Reisepläne Majors scharf kritisiert: Zwei Jahre nach dem Tiananmen-Massaker komme dieser Besuch des britischen Regierungschefs in Peking zur Unterzeichnung des Flughafenabkommens einer Rehabilitierung der chinesischen Führung gleich. Aussenminister Hurd sagte in einer Stellungnahme vor dem Unterhaus am Donnerstagabend, die Einigung habe «Monate der Ungewissheit» beendet und ein «schwieriges Problem» in den chinesisch-britischen Beziehungen gelöst. Er gab bekannt, dass die chinesische Regierung jetzt auch seinen Vorschlag zu einem Treffen auf Ministerebene zweimal pro Jahr akzeptiert habe. Diese Begegnungen sollen künftig einen Rahmen bilden, innerhalb dessen über Hongkong sowie andere bilaterale Fragen gesprochen und Konflikte entschärft werden können.

Bedingungen des Waffenstillstands

In der Nacht auf den Donnerstag hatten sich Vertreter der slowenischen Führung und der jugoslawischen Bundesregierung sowie der Armee in Zagreb nach siebenstündigen zähen und schwierigen Verhandlungen auf einen Waffenstillstand geeinigt. Es wurde dabei allerdings kein Dokument unterzeichnet. Auch hat die slowenische Seite laut Angaben des Informationsministers der Republik keine Garantie in schriftlicher Form erhalten, dass keine neue Intervention mehr erfolgen werde. Weiter kam man überein, die Gespräche in Kommissionen weiterzuführen. In zahlreichen Punkten gingen die Meinungen der beiden Seiten jedoch weit auseinander.

Laut slowenischen Angaben vom Donnerstag vormittag waren noch nicht alle Details im Zusammenhang mit der Entflechtung der blockierten Einheiten der Bundesarmee und der Territorialverteidigung gelöst. In der Nacht auf den Donnerstag begann die Armee damit, ihre Truppen in die Kasernen zurückzuziehen, wobei diese die Waffen und das militärische Gerät mit sich nahmen. Bis zum späten Nachmittag kam es dabei offenbar zu keinen Zwischenfällen. Im Laufe des Tages wurden auch verschiedene von der Territorialverteidigung errichtete Blockaden und Sperren beseitigt. Nach slowenischer Vorstellung sollten die Gespräche in Kommissionen auf zwei Ebenen weitergeführt werden, auf einer militärisch-technischen und auf einer politischen. Nur durch eine Trennung dieser beiden Bereiche sei eine schnelle Beseitigung der noch bestehenden Hindernisse im Zusammenhang mit der Entflechtung der Truppen und der Freilassung der Gefangenen möglich. Die Gegenseite hingegen legte den grössten Wert auf die Lösung der Fragen der Grenzkontrolle und der Zollverwaltung, die am

Anfang des bewaffneten Konfliktes standen. Ministerpräsident Markovic rechtfertigte am Donnerstag nachmittag an einer Pressekonferenz in Belgrad nochmals die Entscheidung seiner Regierung vom 26. Juni. Damals war das jugoslawische Innenministerium beauftragt worden, in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium die Kontrolle über die Grenzübergänge auf dem Territorium Sloweniens zu übernehmen und die jugoslawischen Staatsgrenzen zu sichern. Es geht nicht an, so sagte Markovic, dass Slowenien in einem einseitigen Akt die jugoslawischen Staatsgrenzen verschiebe. Dies verstosse gegen die Verfassung des Landes und auch gegen internationales Recht. Die entscheidende Frage sei nun, wie man an den Grenzen auf dem Verhandlungsweg wieder den alten Zustand herstellen könne.

Die Grenzposten in slowenischer Hand

Der slowenische Informationsminister Kacin teilte am Donnerstag morgen mit, dass alle Grenzübergänge in slowenischer Hand seien und von der Polizei Sloweniens kontrolliert würden. Auch habe man überall wieder die slowenische Fahne gehisst und die Tafel «Republik Slowenien» angebracht. Bei den Kämpfen in Slowenien sind laut Angaben des Slowenischen Roten Kreuzes vom Donnerstag insgesamt 49 Personen ums Leben gekommen, 35 Angehörige der Bundesarmee, 3 Mitglieder der Territorialverteidigung, 2 Polizisten, 5 Zivilisten und 4 Ausländer. Insgesamt seien 280 Personen verletzt worden. Die Zahl der Gefangenen wird mit 2144 angegeben, unter ihnen 2013 Soldaten und Offiziere der Bundesarmee. Am Donnerstag kamen Hunderte von Müttern und Vätern von serbischen Soldaten und Rekruten, die in Slowenien ihren Dienst leisten, in Autobussen – begleitet vom Präsidenten des Serbischen Roten Kreuzes und den beiden stellvertretenden Parlamentspräsidenten – nach Ljubljana, um an Ort und Stelle selbst in Erfahrung zu bringen, wie es ihren Söhnen geht und ob sie noch am Leben sind, oder auch um sie heim-

zuholen. Auch in verschiedenen kroatischen Städten kam es im Laufe des Tages zu Protestaktionen von Soldatenmüttern.

Die Einheiten der Bundesarmee, die sich an der Grenze der Vojvodina zu Kroatien befinden, rückten im Laufe des Tages nicht weiter vor. Aus dieser Gegend wurden keine weiteren Truppenbewegungen gemeldet. Der neue kroatische Verteidigungsminister, Sime Djodan, ein Vertreter des radikalen Flügels der kroatischen Regierungspartei, betonte am Mittwoch an einer Pressekonferenz die Bereitschaft Kroatiens, sich gegen einen Angriff zu verteidigen. Er erklärte, ein Eindringen der Panzer nach Kroatien wäre als «bewaffnete Provokation» aufgefasst worden. Laut Angaben der Nachrichtenagentur Tanjug liess die in Serbien regierende Sozialistische Partei (die frühere KP) wissen, sie habe nichts gegen eine Abspaltung Sloweniens, falls diese auf friedlichem Weg vollzogen werde.

«Begrenzte Aktion» der Bundesarmee

Der Stellvertreter des Kommandanten des 5. Armeebezirks, Raseta, hatte am Mittwoch an einer Pressekonferenz erneut betont, die Armee habe nur den Beschluss der Regierung vom 26. Juni in die Tat umgesetzt. Durch «sezessionistische Entscheidungen» des slowenischen Parlaments seien die Grenzen des jugoslawischen Staates verletzt worden. Von einer Aggression oder einer Okkupation könne keine Rede sein; vielmehr habe es sich um eine begrenzte Aktion gehandelt. Ein hoher Offizier unterstrich, dass die Armee nicht Krieg geführt habe gegen die Republik Slowenien oder das slowenische Volk. Bei der Intervention sei es nur darum gegangen, die Staatsgrenzen «auf würdige und gewaltlose Art» zu sichern. Die Armee sei, so der Offizier, nicht vorbereitet gewesen auf diesen «schmutzigen und heimtückischen Krieg», den der slowenische Verteidigungs- und Innenminister sowie deren Soldateska gewollt und angezettelt hätten. Raseta betonte auch, dass die Armee das Präsidium als